

Reservierte Frauenpower bei den Kommunalwahlen

Ein Kommentar von Susanne Thiel

Die im August 2000 von der Militärregierung angekündigten Kommunalwahlen wurden am 31. Dezember 2000 in zunächst 18 Distrikten durchgeführt. Mit der Registrierung von Kandidaten und Kandidatinnen sowie mit der Erstellung von Wählerregistern wurde bereits vor Monaten begonnen. Im Frühjahr 2001 soll dann der zweite Teil der Kommunalwahlen mit dem Urnengang in den übrigen Distrikten stattfinden. Für Oktober 2002 sind schließlich Wahlen zur Nationalversammlung und den Provinzparlamenten geplant. Bei den Kommunalwahlen besteht für die Parteien ein Teilnahmeverbot. Außerdem bleibt auf den Wahlscheinen die Parteizugehörigkeit von Kandidaten unerwähnt. Damit soll vertrauenswürdigen und verantwortungsbewußten Persönlichkeiten – insbesondere auch Frauen – der Weg in die Politik geebnet werden.

Die Agenda des sogenannten *Plan for Devolution of Power* enthält als radikales Element die Partizipation von Frauen auf Kommunalebene durch direkte Wahlen. Ein Drittel der Sitze wurde deshalb für Frauen reserviert, um ihre Repräsentanz auf allen Ebenen der politischen Bühne sicherzustellen. Diese Entscheidung ist ein Schritt in Richtung Demokratisierung des Landes. Auch könnten diese Bemühungen auf lange Sicht eine Liberalisierung des Landes bewirken und das Image Pakistans als fundamentalistisches Land verbessern.

Reservierte Sitze sind eine Notwendigkeit in Pakistan, weil das gesellschaftliche System sozioökonomische und politische Ungleichheiten aufgrund von Geschlecht, Klasse, Religion und ethnischem Hintergrund schafft und erhält. Für benachteiligte Gruppen der Gesellschaft ist es äußerst schwierig, im Wettbewerb mit privilegierten Schichten ihren Anteil an der Macht und Zugang zu Ressourcen zu erkämpfen. Aus diesem Grund fällt dem Staat die Verantwortung zu, dieses Ungleichgewicht zu korrigieren. Auch Menschenrechts- und Frauenorganisationen forderten die Reservierung einer ausreichenden Anzahl von Sitzen für weibliche Politiker. Dadurch soll sichergestellt werden, daß Frauen in politischen Ämtern eine effektive Rolle in der Entwicklung ihrer Gemeinden spielen können. Die zunächst geforderte 50-Prozent-Quote setzte sich zwar nicht durch, aber auch die garantierten 33 Prozent der Sitze dürften die notwendige kritische Größe einer Gruppe gewährleisten, um Entscheidungsfindungsprozesse in ausreichendem Maße beeinflussen zu können. Da die sich für die reservierten Sitze bewerbenden Kandida-

tinnen direkt gewählt werden, bietet sich ihnen die Gelegenheit, eigene Wählerschichten zu finden, denen gegenüber sie verantwortlich sind. Dies wird den Politikerinnen helfen, ihre politischen Fertigkeiten zu entwickeln und Aktionen zum Wohle ihrer Wähler und Wählerinnen durchzusetzen.

Im Gegensatz zur Kommunalebene wurde für die übergeordneten Distrikt- und Tehsil-Ebenen ein indirektes Wahlsystem festgelegt. Indirekte Wahlen weiblicher Kandidaten durch direkt gewählte männliche Repräsentanten können aber nicht wie ein direktes Wahlprocedere die Rahmenbedingungen dafür schaffen, daß sich Frauen ihrer Wählerschaft gegenüber verantwortlich fühlen. Denn in einem solchen System werden Politikerinnen stets die Agenda derjenigen vertreten, die sie in ihre Machtposition gebracht haben und deren Aktivitäten und Entscheidungen unterstützen. Ihre politische Karriere hängt in einem solchen Umfeld davon ab, wie gut sie in der Lage sind, nützliche Kontakte zu ihren männlichen Kollegen zu pflegen.

Die Durchsetzungskraft und moralische Autorität ihrer Kolleginnen auf Kommunalebene werden die Frauen unter diesen Bedingungen wohl kaum entwickeln können, was sicherlich Auswirkungen auf die Effizienz ihrer Aktivitäten haben dürfte. Besonders auf den höheren und somit mächtigeren politischen Ebenen wäre es aber wichtig, das auch hier Frauen ihren politischen Willen artikulieren und umsetzen können, um im Namen ihrer Wahlkreise die Entwicklungsprioritäten der Region bestimmen zu können. 33 Prozent reservierter Sitze für Frauen sollten auf allen politischen Ebenen bereitgehalten werden. Dies ist die einzige Möglichkeit, Frauen so zu *empowern*, daß sie sich selbst einen Raum im politischen Gefüge schaffen und in Zukunft keine reservierten Sitze mehr benötigen.

Frauen müssen besondere Schulung und Ausrüstung erhalten, um mit männlichen Kollegen mithalten zu können und in der Lage zu sein, ihre politischen Aufgaben zu erfüllen. General Musharraf gab in einer seiner Reden als Begründung für den Verzicht auf Parteien bei den Wahlen an, daß politische Parteien sich nicht an die armen und benachteiligten Gruppen wenden und so die Abhängigkeit von sozial und politisch weniger erfolgreichen Bürgern verstärkt wird. Indirekte Wahlen von Frauen in für sie reservierte Mandate könnten ähnliche Effekte bewirken, weil sie vom Willen der männlichen Repräsentanten abhängen.

Die Frauenorganisation *Aurat Foundation* startete ein nationale Kampagne, um Kandidatinnen für die Kommu-

Wahlwahlen zu mobilisieren. Optimistischen Schätzungen zufolge könnten bis zu 50.000 Frauen als lokale Repräsentantinnen auf Kommunalebene gewählt werden. Diese Frauen benötigen Unterstützung in verschiedenen Phasen des politischen Prozesses, beginnend mit ihrer Mobilisierung als Kandidatinnen während der Wahlen, bis hin zur Entwicklung ihrer Kapazitäten für eine effektive Teilnahme und Repräsentation. Zusätzlich muß ihre Durchsetzungskraft für die Zeit nach den Wahlen entwickelt und gestärkt werden, damit sie als *Pressure Group* Veränderungen auf der *Grassroot*-Ebene initiieren und Verbesserungen erzielen können.

Zu den von *Aurat* formulierten Zielen für diese Kampagne gehört, Kandidatinnen landesweit in möglichst vielen Gemeinden zu mobilisieren. Gleichzeitig soll gesellschaftliche Akzeptanz für die neue Rolle der Frauen als politische Repräsentantinnen geschaffen werden. Die Identifikation von lokaler Unterstützung der Kandidatinnen während der Wahlen und auch für die Zeit danach ist ein weiterer Punkt sowie Orientierungskurse für interessierte Frauen über Regierungs- und Wahlabläufe.

Aurat bietet Orientierungs-Workshops für Mitglieder der Distrikt-Koordination an, um bei der Kampagne mitzuarbeiten. Öffentliche Versammlungen auf kommunaler Ebene sollen initiiert werden, um die allgemeine gesellschaftliche Akzeptanz zu fördern. Die Zusammenarbeit mit den elektronischen Medien in Form von Sonderprogrammen, Talkshows und Diskussionen ist geplant. Über Anzeigen in Tageszeitungen und Zeitschriften sowie mit Postern, Broschüren und Stickern wurde auf die Wichtigkeit der Teilnahme der Frauen an den Wahlen - als Kandidatinnen und Wählerinnen - hingewiesen.

Aurat erwartet positive Resultate

Eine große Gruppe gewählter Repräsentantinnen - die das erste Mal direkt gewählt wurden und noch nicht über die notwendigen Erfahrungen verfügen - wird bei ihren politischen Aufgaben unterstützt und befähigt, die Interessen ihrer Wählergemeinden zu vertreten, ihnen gegenüber Verantwortung zu übernehmen und Rechenschaft über ihre politischen Aktivitäten abzulegen. *Aurat*-Aktivistinnen sind sich bewußt, daß die Vorbereitung und das *On-The-Job*-Training viel Motivation, Zeit und Mühe erfordern. Mit diesen Maßnahmen soll verhindert werden, daß sich Frauen - besonders in der Anfangsphase - isoliert und überfordert fühlen, und dadurch schnell wieder aus den politischen Aktivitäten zurückziehen. Frauen mit Informationen zu versorgen, ist besonders in den ländlichen Gebieten mit ihren unzureichenden Bildungsmöglichkeiten notwendig. Um der Isolation von Frauen vorzubeugen, müssen sie die Gelegenheit haben, andere Aktivistinnen aus verschiedenen Regionen zu treffen, sich mit ihnen auszutauschen und gemeinsam ein funktionierendes Netzwerk zu bilden.

Die gewählten Repräsentanten sollen in der Lage sein, auf die Probleme ihrer Wähler aufmerksam zu machen, be-

sonders was die Schwierigkeiten und Bedürfnisse der Frauen auf der Graswurzelebene anbelangt. Um zufriedenstellende und dauerhafte Lösungen für frauenspezifische Probleme zu finden, sollte ihre aktive Teilnahme im Entscheidungsfindungsprozeß gewährleistet werden. *Empowerment* weiblicher politischer Repräsentanten ist nur möglich, wenn Männer sich an die Idee gewöhnen, und akzeptieren, daß es weibliche Kollegen gibt, die unabhängig, aktiv und sachkundig sind, und die es ernst zu nehmen gilt.

Im September 2000 wurden bereits in einigen Distrikten Trainingscamps für Frauen eingerichtet, um Kandidatinnen auf die bevorstehenden Kommunalwahlen vorzubereiten. Interessierte Frauen werden dort unterrichtet und über den Ablauf der Wahlen, das Erstellen von Wählerlisten und ähnliches informiert. Durchgeführt werden diese Maßnahmen von NGOs wie *Pattan* oder *Aurat*. Erfolg auf breiter Basis kann ihrer Erfahrung nach aber nur gewährleistet werden, wenn Regierung, NGOs und die Gemeinden zusammenarbeiten. Eine Untersuchung eines Teils der Trainingscamps und Workshops für Frauen in Dera Ghazi Khan, Sargodha und Multan zeigte, daß die Mehrheit der Frauen fürchtet, daß sozialer Druck ihre aktive Teilnahme an den Wahlen verhindern wird. Die NGO *Pattan* befragte 422 Frauen und 494 Männer aus verschiedenen Dörfern, die an den Workshops teilnahmen und diskutierte mit ihnen das System der 33 Prozent reservierten Sitze für Frauen bei den Kommunalwahlen. Frauen, die bereit waren, aktiv an den Wahlen teilzunehmen, nannten soziale Tabus und Familiendruck als Haupthinderungsgründe. Das Recht auf Wahlbeteiligung oder reservierte Sitze reicht demzufolge nicht aus, um Frauen ins Regierungsgeschehen einzubeziehen; vorab muß erst das richtige Umfeld geschaffen werden. Es ist notwendig, daß Frauen sich sicher fühlen und ihre Familien bereit sind, sie zu unterstützen.

Zu den beschriebenen Problemen gehören auch mangelndes Selbstvertrauen aufgrund eines in der Gesellschaft verankerten Systems der Diskriminierung von Frauen, Drohungen von verwandten Männern, Landlords und religiösen Führern sowie eine negative Einstellung der eigenen Familien gegenüber den politischen Aktivitäten. Auch die Angst vor einer schlechten Reputation durch das nach außen, in die Öffentlichkeit treten in einer Gesellschaft, die die Abgeschiedenheit und Zurückgezogenheit von Frauen zum Ideal erhoben hat, spielt eine große Rolle. Einige Frauen befürchteten auch eine starke Arbeitsbelastung durch die neuen Aktivitäten, die zu den traditionellen Verpflichtungen hinzukommen. Einige Männer führten an, politische Aktivitäten von Frauen seien unislamisch; andere äußerten Sorge um die Unversehrtheit ihrer Familien-ehre.

Die Wahl von Frauen aus feudalen Familien wurde von der ländlichen Bevölkerung als problematisch angesehen. Sie würden nur für ihre eigene Klasse arbeiten, wodurch sich der Druck auf Frauen aus den unteren Einkommenschichten vergrößere, hieß es.

Nicht nur durch eine höhere Wahlbeteiligung und weibliche politische Repräsentanten soll die Situation für

Frauen in Pakistan verbessert werden. So soll sich eine speziell zu diesem Zweck formierte Kommission der Sache der Frauen annehmen. Die *National Commission on the Status of Women* soll die Emanzipation der Frauen vorantreiben, die Eliminierung aller Formen von Diskriminierung unterstützen und die sozio-ökonomischen Möglichkeiten und Bedingungen geschlechtergerecht gestalten.

Die Kommission wurde unter General Musharraf ins Leben gerufen, um die Interessen und Rechte der Frauen zu fördern und zu schützen sowie die Gleichberechtigung der Geschlechter zu fördern.

Attiya Inayatullah, Ministerin für *Women Development, Social Welfare and Special Education*, fungiert als Geschäftsführerin und Gesundheitsministerin Shaheen Sardar Ali als Vorsitzende der Kommission. Beide haben sich bereits in der Vergangenheit für Menschen- und Frauenrechtsfragen engagiert und darüber geschrieben. Sie versicherten, daß die Kommission unabhängig arbeiten wird, ihrer eigenen Agenda folgt und eigene Arbeitsmethoden bestimmt. In der Vergangenheit wurden vier ähnliche Kommissionen ins Leben gerufen, aber die Einstellung gegenüber Frauen blieb aufgrund fehlender Bildung und sozio-religiöser Restriktionen unverändert. Mitglieder der Kommission vertreten die Ansicht, daß Pakistan große Anstrengungen unternehmen muß, um die Alphabetisierungsrate anzuheben. Denn fehlende Bildung setzt Frauen Ausbeutung und Gewalt aus. Die Fähigkeit, lesen und schreiben zu können, führt zu erweitertem Bewußtsein und Wissen um die eigenen Rechte – ein erster Schritt zu *Empowerment*. Schon auf der Graswurzelebene müssen Frauen emanzipiert werden, um nicht nur der städtischen Elite den Eintritt in die Moderne zu ermöglichen. Es muß dafür gearbeitet werden, daß männliche Einstellungen einen grundlegenden Wandel erfahren. Wirtschaftliche Sicherheit ist für städtische und ländliche Frauen eine Grundvoraussetzung für Entwicklung und Emanzipation; weibliches Unternehmertum soll ermutigt und unterstützt werden. Spezielle Kreditvergabe-Systeme – besonders für Frauen aus den ländlichen Gebieten und unteren Einkommenschichten – sollen etabliert werden, um Frauen eine Starthilfe für eigene Unternehmungen zu geben und den Abstand zu wirtschaftlichen Erfolgen von Männern zu verringern.

Aufgaben der Kommission

Die Programme und Maßnahmen der Regierung, die für Frauen-Förderung und *Gender-Gleichheit* entwickelt werden, sollen untersucht, die Implementierung beobachtet, und den verantwortlichen Autoritäten Verbesserungsvorschläge unterbreitet werden, um effektive Wirkungen für Frauen zu erzielen. Alle Gesetze, Regeln und Regulationen, die den Status der Frau betreffen, werden ‚unter die Lupe genommen‘. Um Diskriminierungen zu eliminieren, die Interessen der Frauen zu sichern und zu schützen sowie eine mit der Verfassung übereinstimmende *Gender-Gleichheit* zu erwirken, will die Kommission Veränderungs- und Verbesserungsvorschläge machen.

Es sollen Forschungsvorhaben ermutigt und gefördert werden, um durch frauen- und *genderrelevante* Informationen, Analysen und Studien Wissen und Bewußtsein für politische Strategien und Maßnahmen zur Verfügung zu stellen.

Interaktionen und Dialoge zwischen NGOs, Experten und Individuen in der Gesellschaft sollen entwickelt und gefördert werden, sowie aktive Assoziationen mit ähnlichen Kommissionen und Institutionen in anderen Ländern, um ein Netzwerk zu bilden und langfristig *Gendergleichheit* auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene zu erwirken.